

und schließlich vereitelten. Sie eröffneten die Wirtschaftsblockade gegen uns. Die amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden befahlen bereits am 1. März 1948 die Einstellung des Bahnverkehrs in die damalige sowjetische Besatzungszone. Das bedeutete die Einstellung der Lieferungen von Steinkohle, Roheisen, Stahl, Maschinen und Nahrungsmitteln.

Sie führten 1948 eine separate Währungsreform durch und zerstörten damit die historisch gewachsene Wirtschaftseinheit auf deutschem Boden. Der CDU-Sprücheklopfer in Fragen Nationalismus J. B. Gradl sagte damals: „Von nun an läuft zwischen den Westzonen und der Sowjetzone auch eine Währungsgrenze. Jenseits der Zonengrenze ist Ausland...“ Sie schufen mit Unterstützung rechter SPD-Führer separate Staatsorgane und im September 1949 ihren reaktionären Separatstaat als Damm und zugleich als Speerspitze gegen den Sozialismus. „Es ging doch damals um nichts anderes als um die Schaffung einer Mauer gegen den Vormarsch des Sozialismus“, erklärte Erich Honecker auf der Beratung mit den 1. Kreissekretären, „ja, noch mehr: um eine Ausgangsbasis für eine Politik der Revanche und des Zurückrollens des Sozialismus. Man wollte die alte reaktionäre Macht wieder bis an die Oder ausdehnen, um dann weitere revanchistische Ziele in Angriff zu nehmen.“ Nach Gründung der DDR forcierte der deutsche Imperialismus den kalten Krieg gegen unseren sozialistischen Staat. Auf ökonomischem Gebiet wurden im Februar 1950 die vertraglich vereinbarten Stahllieferungen in die DDR eingestellt. Für den Export in die DDR wurden von Bonn generell „Teilausschreibungen“ sowie eine „Musterhinterlegungs-

Ausschreibungs- und Genehmigungspflicht“ gefordert, die Bestellungen kompletter Anlagen unmöglich machten. Neben Wirtschaftsboykott und Wirtschaftsembargo traten Wirtschaftsspionage und ProduktionsSabotage, Währungsspekulation, Abwerbung hochqualifizierter Fachkräfte und Raub von Patenten. Insgesamt wurden den Werktätigen der DDR durch diese Anschläge Verluste in Höhe von etwa 200 Milliarden Mark zugefügt. Das entspricht nahezu der Summe, die wir in zwei Jahrzehnten für die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem ausgeben.¹

Die Werktätigen der DDR unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei beantworteten diesen Wirtschaftskrieg mit erhöhten Leistungen, mit der engeren Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, mit der Schaffung einer eigenen metallurgischen Basis und der schrittweisen Rekonstruktion vorhandener, allerdings alter

und oftmals schlecht ausgerüsteter Produktionsstätten.

Das Fiasko des Klassenfeindes zeigt die Tatsache, daß heute in der DDR in einem Jahr ein ebenso großes Nationaleinkommen geschaffen wird wie in den ersten fünf Jahren des Bestehens der DDR. Unsere Industrieproduktion ist doppelt so hoch wie die des Deutschen Reiches im Jahre 1936.

Auf politischem und ideologischem Gebiet war der deutsche Imperialismus bestrebt, die DDR zu isolieren und zu liquidieren. Die Feinde des Sozialismus in der BRD, die einen hemmungslosen Wirtschaftskrieg gegen uns führten, prophezeiten fortwährend unseren Zusammenbruch, um auf diese Weise ein Klima für konterrevolutionäre Anschläge zu schaffen. Die „Ruhrnachrichten“ wußten bereits bei Gründung unseres Staates: „Diese sogenannte DDR. wird das Jahr 1950 kaum erf. geschweige denn überleben.“ Solche Lügen platzten bald.

Die konterrevolutionären Attacken erlitten Fiasko

Die reaktionären Kräfte in der BRD betrieben ihre konterrevolutionären Pläne unter der Losung der „Wiedervereinigung“. Als diese Absicht Anfang der 50er Jahre scheiterte, betonte der damalige BRD-Kanzler K. Adenauer, „das Wort Wiedervereinigung sollte endlich verschwinden... Befreiung ist die Parole!“ Für diese „Befreiung“ unseres Volkes vom Selbstbestimmungsrecht, der Arbeiterklasse von der politischen Macht, des werktätigen Volkes von der Freiheit wurden in der BRD seit 1952 die berüchtigten „Grauen Pläne“ ausgearbeitet.

1953, als die DDR begonnen hatte, die Grundlagen des Sozialismus zu errichten, wurde der erste dieser Pläne fertiggestellt. Inspiriert von den BRD-Monopolen, die „An-

spruch“ auf rund 800 ehemalige Konzernbetriebe in der DDR erhoben, enthielt er detaillierte Zielsetzungen für die Beseitigung des Volkseigentums in der DDR. In den vier weiteren „Grauen Plänen“, die bis Ende der 60er Jahre formuliert wurden, ging es um die Liquidierung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, des FDGB als Einheitsgewerkschaft, der Massenorganisationen überhaupt — um die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse.

In dem 1965 fertiggestellten Plan hieß es zum Beispiel: „Es ist bei der zweifachen Aufgabe geblieben... die Wirtschaft und Gesellschaft Mitteldeutschlands freiheitlich zu formen, um sie so mit Westdeutschland zu einem einheitlichen deutschen Wirtschafts- und Sozialkörper